

21. 1918

Oesterreichischer Reichsrat. Proteste der Polen und Krise wegen der Ver- ordnung über die älteren Jahrgänge.

Wien, 20. Februar.

Der Führer der Polen hat heute vom Geiste des deutschen Militarismus und von der ohnmächtigen Falschheit der altösterreichischen Diplomatie gesprochen. Was würden seine Vorgänger zu diesem Tage sagen? Der Polenklub hat immer als eine Körperlichkeit gegolten, wo staatsmännische Einsicht und ernste Auffassung vorhanden waren und das Nationalgefühl die Erwägung ruhiger Bedachtsamkeit nicht überwältigte. Die Form in den Reden der Leitenden war stets die des Bewusstseins der Verantwortung und der Macht, die der Vertreter eines bedeutenden Kulturvolkes in sich empfindet. Was die (unvollständige) Rede...

Ergebnisse dieser drei Jahre ein Traum gewesen sind und nichts, aber auch gar nichts anderes übrig geblieben ist, als die Cholmer Frage. Der russische Ministerpräsident Stolypin hat die Polen mit eiserner Faust gezwängt. Der Warschauer Generalgouverneur Skallon hat über tausend Todesurteile unterschrieben. Loda hatte mehrere Jahre hindurch einen ständigen Galgen, Gewerkschaften, die Jehntausende von Mitgliedern hatten, verschwanden, wurden weggeführt von der Tyrannei des Jara. Die besten Schulvereine, Burschen des nationalen Lebens, die Gemeindeführer der Turner wurden aufgelöst, und alles vereinzelt, was an Gehäufigkeiten den Polen gegenüber möglich war. Was war die Antwort? Das Aufgeben der Staatlichkeit. Herr Roman Dmowski war es, der unter Vermittlung von Kramarz, Fibonicki und Tribar diese milde Antwort auf die russische Bedrückung gab. Ein Gut, das Jahrhunderte alt, ein Heiligtum der Nation, wurde dem Slaventum zuliebe geopfert, und diese Verzichtspolitik änderte sich nicht, als das Cholmer Gouvernement abgetrennt und zu Russland geschlagen wurde. Wer hat die polnische Staatlichkeit wieder geschaffen; wer hat alles wieder aufgebaut, was von den russischen Zerstörern in Grund und Boden gestampft wurde? Doch nur jene Zentralmächte, die der Dmowski des Polenklubs mit solcher Leidenschaft bekämpft. Was soll nicht alles mit Polen geschehen? Es soll verstimmt, erdrückt, zum willenlosen Werkzeug gemacht werden, neues Elend, neue Entfaltungen sollen es treffen, ein Triumph des deutschen Imperialismus, eine fürchterliche Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes hat stattgefunden! Weinahe möchte man glauben, daß so viel Aergers tiefere Gründe haben muß, als die Frage der Abgrenzung. Da der Ministerpräsident erklärt hat, daß die Linie im Einvernehmen festgesetzt werden soll, daß nach völligen Grundbesitz unter Mitwirkung beider Nationen die Frage der Zugehörigkeit zu entscheiden sei, muß die Schärfe des Urteils als Lebertreibung wirken, die aus innerer Zerrissenheit entspringt.

Der Sprecher der Ukraine, Abgeordneter Lewicki, hat in schwingvoller, von lebhaftem Beifall begleiteter Darstellung das Recht der Ukraine auf Cholm verfochten und auf den Widerspruch zwischen den freundlichen Worten der Polen und den heftigen Angriffen hingewiesen. Wollen die Polen in die Hände der Bolschewiki geraten; würde ihnen ein Imperialismus im Sinne Trozkis angenehmer sein, etwa ein Aufruf der Bauern gegen die Grundbesitzer, gegen die Würdenträger des Staates und der Kirche, gegen die durch Industrie und Gewerbesleiß reich gewordenen Bürger? Der Abgeordnete Daszynski hat in wuchtiger noch heftigerem Tone als Freixner v. G. o. e. behauptet, das Selbstbestimmungsrecht sei eine innere Unwahrheit, da es nicht auch auf unsere Völker angewendet werde. Da ist er schärfer als Herr Trozki selbst, der ausdrücklich darauf verzichtet hat, den Grundgedanken der Selbstbestimmung auf die Monarchie und auf Deutschland anzuwenden. Ebensovienig Berechtigungen haben die Einflüsterungen, daß Polen den Jura habe, zu verhindern, daß wir zum Rajallen herabstinken. Diese Gifte sind ganz verbraucht und die letzten Ergebnisse zeigen am allerbesten, wie schonandend der polnische Boden in Polen ist und mit wieviel Einschränkung die Verbindung mit diesem Staate als wirklicher Machtzuwachs gewertet werden kann. Gänzlich unhaltbar ist die Behauptung, daß die Cholmer Lösung den Sieg des deutschen Imperialismus bedeute. Dieser Zusammenhang kann auch nicht im entferntesten gefunden werden. Deutschland, dessen Ernährung, wie vor kurzem amtlich mitgeteilt wurde, gefährdet ist, hat doch wahrhaftig weniger Interesse an diesem Friedensschlusse als wir, und die Polen, die in so viel Reden von dem Hunger in Galizien gesprochen haben, werden sicherlich diese Ergebnisse des Friedens mit der Ukraine als Erleichterung empfinden. Der Abgeordnete Dr. Waldner hat mit Recht namens der Deutschen gesagt, es wäre unverzeihlich gewesen, wenn die Verhandlungen wegen der Abgrenzungsfrage gescheitert wären und wir dadurch die Möglichkeit verloren hätten, Nahrung und Hilfe in unserer Bedrängnis zu finden. Die deutschen Parteien haben volles Vertrauen in die Arbeit und die Politik des Grafen Czernin und sie bedauern aufs tiefste, daß die Polen ihre Tradition zerbrochen haben und, wenigstens nach den Worten zu schließen, den inneren Zusammenhang, der die austro-polnische Lösung hätte herbeiführen können, vernichten möchten. Freilich, selbst in der jetzigen Erbitterung haben viele Mitglieder des Polenklubs Verirrungen mißbilligt, wie die Worte des Abgeordneten Daszynski, welche die Dynastie betrafen.

Der übrige Teil der Sitzung war wieder von Krisenluft durchweht. Es handelte sich um die kaiserliche Verordnung über die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die ältesten Jahrgänge. Während die Abgeordneten sprachen, wurde hinter den Kulissen verhandelt und mit Mähe und Not wieder einmal die Sprengung des Parlaments verhindert. Dr. Adler gab namens der Sozialdemokraten die Erklärung ab, daß sie gegen das Kriegsbudget stimmen würden. Er behauptet, daß eine Bedrohung des Heimatbodens nicht mehr vorliege, was bei der Fortdauer des Krieges mit Stahen und bei den noch immer geäußerten Plänen in England wohl schwerlich zutrifft. Er sagte, es gibt keinen Zollbreit deutschen Bodens, der heute noch in Gefahr wäre. Auch dieser Behauptung widerspricht die Tatsache des ungebrochenen Kampf- und Eroberungswillens der Entente. Dem Viererbunde wurde durch Wochen und Wochen die Gelegenheit gegeben, einen billigen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen zu schließen. Er hat das Friedensangebot mit Hohn abgewiesen, und mit dieser Tatsache erledigen sich die Behauptungen vom Militarismus und Imperialismus. Trotz hätte früher bedenken sollen, welche Folgen sein Schritt in Brest-Litowsk haben werde. Staatssekretär u. Kabinettchef hat ihn gemacht, er hat jedoch nicht hören wollen, und demgemäß fällt die ganze Schuld auf ihn und auf seine gewissenlosen Ratgeber. Deutsche Truppen marschieren in die Ukraine ein, um uns Getreide und damit die Möglichkeit des Lebens und des Aushaltens im Kriege zu verschaffen. Ist dies der Augenblick, um einen Bundesgenossen, der in hundert Schlachten mit uns und für uns geblutet hat, anzugreifen? Es war eine traurige

Sitzung im Abgeordnetenhaus; am traurigsten vielleicht die Beschimpfung des ukrainischen Delegierten Serzjuk. Man kann auch hassen, aber man braucht nicht der guten Seite ins Gesicht zu schlagen. Man kann politisch kämpfen. Aber die Beleidigung eines Gastes ist unwürdig und wäre in jedem anderen Parlament unmöglich.

Abgeordnetenhaus.

(62. Sitzung, Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Erste Lesung des Budgetprovisoriums.

Abg. Dr. Konstantin Sewicki (Ukrainer) führt aus: Durch den Friedensschluß mit der Ukraine hat die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes auf seinem eigenen nationalen Territorium anerkannt. Wir nehmen das mit Anerkennung für die gegenwärtige Richtung der auswärtigen Politik unserer Monarchie zur Kenntnis. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Durch diesen Friedensschluß ist der erste Punkt unseres ukrainisch-nationalen Programms in Erfüllung gebracht worden, da wir noch im Jahre 1915 während des Krieges es als unser Endziel bezeichneten, für die unter russischer Herrschaft schmachenden ukrainischen Gebiete sei ein freier, selbständiger ukrainischer Staat zu errichten.

In seiner heutigen Rede machte der Obmann des Polenklubs dem ukrainischen Staate eine Vorwürfe, indem er im Namen der polnischen parlamentarischen Vertretung die ukrainische Volksrepublik mit dem Beifügen beglückwünschte, daß die Polen mit diesem Staate gern in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten wünschten. Wir nehmen diese Erklärung, obgleich sie an die Adresse der ukrainischen Volksrepublik gerichtet ist, als den ersten freundschaftlichen Akt seitens der Vertreter des polnischen Volkes zur Kenntnis (Beifall). Wir können aber nicht außer Acht lassen, was gegen uns Ukrainer in dieser Monarchie, im Lande Galizien, seitens der polnischen Organisationen und der ganzen polnischen Verwaltung unternommen wird. (Zustimmung bei den Ukrainern.)

Vor einigen Tagen hat dieselbe Vertretung des polnischen Volkes, welche uns zu diesem Akt beglückwünscht hat, einen Aufruf an die Polen in Oesterreich veröffentlicht (Hört! Hört! bei den Ukrainern), in welchem ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß der erste Friedensvertrag auf Kosten des polnischen Volkes und der blutgetränkten Gebiete von Cholm und Podlaskie geschlossen wurde, welche unethisch und der ukrainischen Republik ausgetrieben worden seien. (So ist es! bei den Polen. — Gegenrufe bei den Ukrainern.)

Zu dieser Hinsicht müssen wir unseren Standpunkt genau präzisieren. Wir stehen unverändert auf dem Standpunkte des Friedensvertrages vom 9. Februar d. J. Dieser Vertrag kann nicht mehr abgeändert und muß unbedingt durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Wir vermahnen uns ferner gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ukrainischen Volksrepublik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Sie hat genug Kraft, um selbständig regieren zu können. (Zustimmung bei den Polen, Gegenrufe bei den Ukrainern.) Unser Prinzip im internationalen Leben war es immer, nach fremdem Gute nicht im internationalen Leben nach dem ukrainischen Volk zu verlangen. Wenn man nun die Glückwünsche an die ukrainische Volksrepublik mit den agitatorischen Tätigkeiten der Polen in Galizien vergleicht, so muß man fragen, wie sich das zusammenreimt. (Zustimmung bei den Ukrainern.)

Weder müßte daher die Ausführungen des Sprechers des Polenklubs berichtigen. Das Gouvernement Cholm sei eine der ältesten historischen Landschaften der Ukraine. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern, Gelächter bei den Polen.) Es ist ein integrierendes Bestandteil des alten Königreiches Halicz und Wolodimir, dessen Haupt- und Residenzstadt Cholm war. Es war die Residenzstadt unserer Könige Daniel und Leo. Es ist ein Gebiet, das nach der russischen Volkszählung vom Jahre 1910 60 Prozent Ukrainer hatte (lebhafter Zwischenruf bei den Polen), 20 Prozent Polen, 14 Prozent Juden, das übrige Deutsche und Russen.

Die ukrainische Bevölkerung des Cholmer Landes war bis zum Jahre 1875 griechisch-katholisch und erst durch die unerhörten Gewaltmaßnahmen der russischen Regierung wurden sie gezwungen, griechisch-orthodox zu werden. Infolgedessen wurde die unglückliche Cholmer ukrainische Bevölkerung in zwei Feuer genommen. Die Russen zwangen sie, den orthodoxen Glauben, die Polen den römisch-katholischen Glauben anzunehmen. Da sind unsere Wälder, das Cholmer Gebiet ist mit unserem Blute getränkt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

In Befriedigung der inneren Politik drückt Redner sein Bedauern darüber aus, daß während des Krieges die politische Neuordnung im Staate nicht in Angriff genommen worden sei. Die österreichische innere Politik hat da gegen seine eigenen Interessen schwer gesündigt, indem sie durch die Vereinigung zweier nicht nur national verschiedenartiger, sondern durch Jahrhunderte feindseliger Gebiete das autonome Galizien als polnisches Staatswesen geschaffen hat. Die Folge davon war, daß die Polen dem Staat über den Kopf gewachsen sind, so daß jede österreichische Regierung von ihnen abhängig ist. Das ukrainische Volk in Oesterreich ist aber bestrebt, nicht etwa Widerstandsrechte innerhalb eines polnischen Staatswesens sich zu sichern, sondern die ihm aufgeworfene polnische Herrschaft grundsätzlich zu beseitigen und auf seinem Boden zu seinem Rechte als freie und unabhängige Nation zu gelangen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Durch den Friedensschluß ist für die österreichischen Ukrainer die größte Gefahr geschwunden, daß Galizien mit Polen vereinigt werden könnte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Der Inhalt, den der Friedensschluß mit der Ukraine auf die Gestaltung der Verhältnisse in Galizien übertrug, muß bedeutend sein. Die Galizier kann nicht in der heutigen national-rechtlichen Form bestehen bleiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) So wird nichts anderes übrig bleiben, als die Abtrennung der ukrainischen Gebiete Galiziens von den polnischen ins Auge zu fassen. (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

An der Verfassung des polnischen Reiches nahmen polnische Exzellenzen, österreichische Minister, Oesterreichische Räte, Vertrauensmänner der Krone und der Regierung, in deren Händen bisher das Schicksal Galiziens und des österreichischen Staates ruhte. (Hört! Hört! - Rufe bei den Ukrainern.) Die Folge der inneren Politik in Galizien ist, daß diejenigen, welchen die Herrschaft in Galizien übergeben wurde, im Moment der größten Gefahr sich gegen den Staat erhoben haben. (Hört! Hört! bei den Ukrainern.) Die Ukrainer wünschten den Polen die größten Ertragsleistungen auf dem Gebiete des eigenen Staatswesens (Zustimmung bei den Ukrainern), sie wünschten, daß die Polen in kürzester Zeit auch die Errichtung des selbständigen Reiches erleben, aber in seinen ethnographischen Grenzen. Gegen die imperialistischen Verbrechen der Polen sind die ukrainischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat immer mit nachdrücklichster Verwahrung hervorgetreten. Auch die Ukrainer wollen Heren in eigenen Hause sein, das ukrainische Volk in Oesterreich-Ungarn, das im gegenwärtigen Augenblicke der größten Opfer darbringen mußte, dessen Land ein wahres Volkswort für Oesterreich-Ungarn bildet, verlangt, daß zur Wahrung seiner vollen nationalen Entwicklungsfreiheit in der österreichisch-ungarischen Monarchie die geschichtlichen und ethnographischen ukrainischen, staatsrechtlich galizisch-lodomirischen Gebiete als ein Reichsland organisiert werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Leo Winter (czechischer Sozialdemokrat) best. tont, daß wenn die Vertreter des Abgeordnetenhauses den Brest-Litowsk gegangen wären, sie gewußt hätten, daß sie den Frieden nur auf einer Grundlage schließen können, der heute in der ganzen Welt, mit Ausnahme weniger Schichten der Völker, gewünscht wird.

Abg. Dr. Soukup: Sie haben den Frieden mit dem Czernik geschlossen, den zwanzigjährigen Burken! Wer ist der Czernik? Warum kommt er jetzt nach Wien? Ein Betrug ist das! Abg. Ritter v. Singalewicz: Schämten Sie sich! So spricht ein Sozialdemokrat! Abg. Dr. Trjlowsky: Sie beleidigen die Nation! Abgeordneter Tuzar (widerholt das Glanzendein gebend) erucht um Ruhe. Abg. Dr. Soukup: So ein Burische macht Frieden mit Oesterreich! Sinax mit Czernik! Abg. Ritter v. Singalewicz: Das sind keine sachlichen Einwendungen! Abg. Dr. Trjlowsky: Sie sind nicht würdig, Ihren Staat zu haben, wenn Sie den ukrainischen Staat beleidigen! (Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.)

Abg. Dr. Winter tadelt das Verhalten des Grafen Czernin, der sich in Brest nicht an die allgemein anerkannten Grundsätze, von allen Amerikanern und Kontributionen abzugeben, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen, abzurufen, und sich den obligatorischen Schiedsgerichten zu unterwerfen, gehalten habe. Er habe aber auch nicht Frieden mit dem ukrainischen Volk, sondern mit einer Schicht geschlossen, von der wir heute weniger denn je wissen, wer eigentlich hinter ihr steht. (Zustimmung bei den czechischen Sozialdemokraten.) Abg. Ritter v. Semaka: Die ganze Ukraine sieht hinter der Mada! (Lebhafter Zwischenruf bei den Polen und den czechischen Sozialdemokraten.) Abgeordneter Tuzar ersucht, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Dr. Leo Winter betont, daß die ukrainische Zentralrada nicht das ukrainische Volk als Ganzes vertritt und gegen die eigene revolutionäre Klasse fremde Truppen zur Hilfe rufe. Diese Mada befindet sich heute in den Händen des aufständischen Proletariats, das sich nicht mit ihren Abmachungen identifiziert. Abg. Dr. Soukup: Wir wollen auch die Ukraine, aber nicht auf diese Weise, wir wollen sie selbständig und nicht als Besatz!

Abg. Leo Lewicki: Das Volk hat sich freigemacht! Abg. Singalewicz: Aus eigener Kraft ist die Ukraine entstanden! Abg. Dr. Winter: Die Grenzverhältnisse zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Volke sollten nicht durch den Schiedspruch eines beauftragten Dritten gelöst werden, sondern durch das Einmühen zwischen beiden Völkern. Der Friede mit der Ukraine bedeuete nicht den „Prozessfrieden“. Der Leiter des Völkervereinigungsamtes habe im Ernährungsbeiräte gesagt, die Vorjungen auf die ukrainische Friedensbeute dürften nicht zu hoch geschraubt werden. Die Vertreter der breiten Massen der Bevölkerung haben kein Vertrauen zum Grafen Czernin, daß er und die Schichten, die er vertritt, einen allgemeinen Frieden zu schließen in der Lage sind. Deshalb sei heute die Forderung umso berechtigter, daß zu den Friedensverhandlungen auch Vertreter der Völker beigezogen werden, weil ohne ein Eingreifen der Völker selbst ein allgemeiner Friede nicht zustande kommen werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Czechen.)

Eine Frage des Vorstehenden.

Abg. Dr. Leo Winter: Wie mir mitgeteilt wird, hat der Abg. Dr. Soukup im Verlaufe der Rede des Abg. Winter den in der Lage anwesenden Vertreter der ukrainischen Volksrepublik angegriffen und apostrophiert. Ich habe den Abg. Dr. Soukup schon zur Ordnung gerufen (Zwischenruf) und muß noch nachträglich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß ein Vertreter des befreundeten Staates beleidigt worden ist. (Beifall. — Zwischenruf.) Abg. Dr. Waldner (deutschnational) gibt die bereits im Abendblatte mitgeteilte Vertrauensumgebung des Deutschen Nationalverbandes für den Grafen Czernin ab.

Abg. Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) erklärt, der Abg. Dr. Winter hat die Verhandlungen in Brest haben die Unmöglichkeit der Schließung eines wirklichen Friedens zwischen einem imperialistischen Militarismus und einer sozialistischen revolutionären Erhebung dargetan. Umsonst habe Trozki den Geist der deutschen Revolution angeregt; statt der revolutionären Bataillone seien die Soldaten-Einigungs erschienen. Der Frieden zwischen der Ukraine und der deutschen Diplomatie ist einseitig gemacht. Die Ukraine und ihre staatlichen Waffen waren zu schwach, als daß man sagen könnte, die Ukraine wäre in Brest vollnötig gewesen. Czernik, der sich heute für einen wichtigen Mann hält, war vor dem Dezember noch niemand und er ist jetzt durch die Macht der deutschen Soldaten und Diplomaten etwas geworden.

Abg. Bahajewicz: Das ist nicht wahr, durch sein Volk, durch den Volkswillen! (Zwischenruf.) Abg. Daszynski warnt beide Völker davor, dieser Methode der Völkervereinigung, des Völkervereinigung, ein Wort zu reden. Abg. Ritter v. Singalewicz: Was machen Sie jetzt? Das ist auch eine Verheißung!

Abg. Daszynski: Die Methode des Divide et impera war seit jeher die Methode der Herrschenden, damit die Beherrschten nicht einig werden. Redner führt in seinen weiteren Ausführungen Klage darüber, daß man in Brest nicht Vertreter Polens zugelassen habe. Man hat die polnische Stimme erstickt, weder Polen noch Litauer sind dort erschienen und hatten nicht die Möglichkeit, ihr Recht dort zu verteidigen. (Beifall bei den Polen, Zwischenrufe und Widerspruch bei den Ukrainern.) Der Unverstand Berlins habe die Entsendung polnischer Vertreter unmöglich gemacht. Auch kein Litauer war anwesend. Das sei eine herausfordernde Geringschätzung der primitivsten Volksrechte. Wollen die Ruthenen als Emporkömmlinge... (lebhafter Hoi - Rufe bei den Ukrainern) ... alles vergessen, was sie gestern gesagt haben, wollen sie plötzlich die Beati possidentes spielen? Dieser Sieg — mag es vorläufig ein restloser Sieg sein — des deutschen Militarismus über den russischen Militarismus ist bis zum letzten Augenblicke erhalten worden. Sein Triumph ist es, seine Interessen und seine Methoden sind es, die in Brest-Litowsk gefeiert wurden. (Zwischenrufe bei den Ukrainern.) Es ist kein allgemeiner Friede, kein Friede, aus dem solche Keime entspringen könnten, daß die übrigen feindseligen Mächte dem Frieden beitreten könnten. Es ist auch kein Friede mit ganz Russland, und wenn Trozki unter der Einwirkung der Einnahme von Danaburg und Luck durch einen Funkspruch erklärte, die russischen Maximalisten nehmen die Friedensbedingungen der deutschen Diplomatie an, so sind wir nicht so mit Blindheit geschlagen, daß wir uns sagen könnten, daß der Friede wirklich den Abschluß des großen Weltkrieges bedeute. Es ist auch kein Friede mit den Polen, Litauern, Letten und Esten. Es ist nur ein Friede mit der Ukraine, und dieser Friede hat den Kampf zwischen Polen und Ukrainern noch mehr geschürt, hat den Haß vermehrt. (Beifall bei den Polen.) Es ist merkwürdig, wenn der deutsche Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Munde führt. Die Anwendung zengt die Heuchelei und Unwahrheit der verhassten Lösung. Vom Grafen Czernin hat man unabhingelange gehört, daß er das Selbstbestimmungsrecht nur bis an die Grenzen Oesterreichs anerkenne. Was hat man aber den Polen gegenüber getan? Würde man den Grafen Czernin und Czernin v. Seidler fragen, ob sie zustimmen, daß nach dem Grundsatze der Selbstbestimmung die Völker Oesterreichs bis zu ihrer Absonderung dieses Recht verwirklichen sollen, so würde man gewiß die entsetzliche Entgegnung dieser beiden Staatsmänner hören. Es ist das ein zweifaches Maß, eine zweifache Wahrheit, wozu nur eines Wahrheit sein kann, das andere aber Lüge sein muß. (Beifall bei den Polen.) Oesterreich war der Träger der sogenannten austro-polnischen Lösung der polnischen Frage. Dreieinhalb Jahre lang hat unser Staat in der Hoffnung erhalten, daß die austro-polnische Lösung zur Wirklichkeit werden wird. Diese Lösung war nicht nur dynastisch gedacht, sondern als Gegengewicht gegen die erlarkende Riesenmacht des deutschen Militarismus, als ein Mittel der Expansion Oesterreichs nach dem Krieg, als eine Union der Elemente, die ein halbes Jahrhundert lang mit

Oesterreich Hand in Hand gearbeitet haben. Wer aber das Vertrauen der Polen verstimmt, handelte nicht nur gegen die Polen, sondern gegen die austro-polnische Lösung, gegen Oesterreich und gegen die Dynastie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Redner führte weiter aus, Graf Czernin habe sich wiederholt geäußert, daß er sich die Eür zur Lösung der austro-polnischen Frage offen halte und erklärt, er wolle für die Verwirklichung der Forderungen der Polen unter Wahrung der Interessen des österreichischen Staates eintreten. In Brest-Litowsk aber wurde nicht die Entscheidung des polnischen Staates und des polnischen Volkes anrufen, sondern die Polen, hinter ihrem Rücken über die Grenzen Polens entschickte. Graf Czernin war der erste, der die Grenzen Polens verstimmt, der das Vertrauen der Polen zu Oesterreich vollständig (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen) und der die Führung Deutschlands in der Lösung der polnischen Frage vollständig anerkannt hat. Künftighin wird zwischen den Ukrainern und Polen ein Clash-Bohringen bestehen, an dem beide Staaten jahrzehntlang schmerzhaft bluten werden. Oesterreich hat die ganze Führung dem Deutschen Reiche abgetreten, und es liegt Größe in der deutschen Politik, wenn die deutschen Diplomaten der österreichischen Diplomatie das Geit aus den Händen entwandten haben. Redner führt aus, er zweifele nicht, daß die Ueberstürzung aus der Ukraine nach Deutschland wandern werden und wendet sich — unter lebhafter Zustimmung bei den Polen und fürstlichem Widerspruch links — in bezüglichen Ausdrücken gegen das diesbezügliche Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen.

Präsident ruft den Redner mit der Bemerkung zur Ordnung, er könne es nicht zugeben, daß die Regierung des uns engverbundenen Deutschen Reiches hier beschimpft werde.

Abg. Daszynski erklärt weiter, in einer Einsicht sind die Polen dem Grafen Czernin und der Presse Verhandlung dankbar, da der 9. Februar zugleich der Tag des Ernaches des polnischen Volkes war. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Am 18. Februar war Galizien der Schauplatz einer Demonstration, wie sie in Oesterreich noch nicht gesehen worden ist. Man hat bereits angekündigt, daß der jetzige Statthalter von Galizien zurücktreten und an seine Stelle der Generalmajor Doktor Wardoßki, der Vertrauensmann des verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand, gesetzt werden soll. Man will den Schatten der Vergangenheit zu einer Drohung für die nächste Zukunft uns gegenüber machen. Redner warnte die Regierung, die Befühle der Polen aufzufassen. Man bedenke doch, daß das Schicksal der Polen auch das Schicksal der anderen Völker in Oesterreich ist. Den Frieden mit der Ukraine können die Polen nicht anerkennen. Wenn der Minister des Reiches es beabsichtigt, ein Volk zur Empörung zu bringen, so wird man daraus die Lehre ziehen müssen, daß in Zukunft die Sache der Völker niemals an die Interessen einer Dynastie zu binden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Abg. Hschr (christlichsozial) polemisiert gegen die Ausführungen Daszynskis und findet es merkwürdig, daß diejenigen, die sich heute im Hause gegen den ersten Schritt zum Frieden wenden, vor kurzer Zeit wie aus einem Munde nach dem Frieden um jeden Preis gebrüllt haben. (Zustimmung.) Nun ist der Friede da, Oesterreich soll nicht einen Streifen seines Landes verlieren, und doch gibt es österreichische Staatsbürger, die so schreien, als wenn die Hälfte von Oesterreich verlorengegangen wäre. Das muß man so auslegen, daß diejenigen, die vorher den Frieden um jeden Preis verlangt haben und jetzt keinen Frieden wollen, nicht nur von Oesterreich wegstreben, sondern für die Zukunft ein Oesterreich überhaupt nicht mehr wollen. Die Christlichsozialen scheinen dem Grafen Czernin volles Vertrauen, und mit seinen Verhandlungen zufrieden und hoffen, daß er eben so wie bisher als ehrlicher Oesterreicher vorgehen werde. Redner tritt gegen die verschiedenen Ernährungszentralen auf. Eine Zentrale nach der anderen wurde gegründet, am Schluß eine Kaiserlichregierungs-Zentrale. (Weiterle.) Aber durch diese Wirtschaft sind die erhofften Vorteile nicht eingetroffen, eher das Gegenteil. Von Ungarn werden wir ganz im Einde gehalten. Die Viehpreise sind dort doppelt so hoch als bei uns. Die Folge wird sein, daß bei Beendigung des Krieges das Land Niederösterreich in seinem Viehstande ganz heruntergekommen ist, während Ungarn von den Schäden des Krieges nicht betroffen sein wird.

Redner regt an, ob nicht durch Heranziehung der Landwirte kleinerer und mittlerer Größe zur Beratung in landwirtschaftlichen Dingen die Ernährungswirtschaft in bessere Wege geleitet werden könnte. Redner betont die besondere Wichtigkeit, die der Einfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine zur Erleichterung der Ernährung in unseren Gebieten zukomme. Auf der einen Seite leisten sich die Leute den größten Luxus, die Theater sind täglich ausverkauft, während auf der anderen Seite die Armeisten der Armen die größte Entbehrung leiden. Dieser Armeisten Leute sollten sich doch entschließen, an der Seite der Landwirte gemeinsam den Kampf gegen die oberen Reichtümer, die in Luxus schwelgen, aufzunehmen. Was das Budgetprovisorium betrifft, lehne Redner eine § 14-Wirtschaft oder einen Ergänzungsantrag ab. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abg. Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat): Die Zeit ist so erfüllt von Gefährnissen, die einander so jagen, daß das, was gestern noch eine Forderung des Tages war, durch die Ereignisse mitunter weggeschwemmt wird. Redner verweist auf die in Brest-Litowsk gebrachten u. Kabinettchef in den Reichstag zur Verlesung gebrachten Funkprüche der großrussischen Regierung und bemerkt, darin sei die Zustimmung zum Frieden von russischer Seite gegeben. Nun müssen wir abwarten, was von deutscher Seite geschehen wird.

Abg. Strubny: Die werden weitermarkieren! Abg. Dr. Adler: Sie wissen es? (Seiterle.) Ich wünsche — und jeder von uns muß es wünschen — daß die deutsche Regierung nicht etwa auf diesem Wege fortschreite, daß sie ihre Bedingungen von früher als verfallen erkläre und daß sie sich nummehr nicht weiter nach Einland, Ostland und so fort in kriegerischen Operationen in das Innere Russlands begeben. Für uns mußte natürlich die Konsequenz die sein: Da tun wir nicht mit! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man mutet uns vielleicht sogar zu, daß wir unsere Bürger dazu hergeben, als Ersatz im Westen zu dienen.

Abg. Dr. Adler: Ich bin glücklich. Ich habe Briefe bekommen! Abg. Dr. Adler: Ich bin nicht so gut unterrichtet wie Sie. (Seiterle.) Graf Czernin hat vor kurzem auseinandergelegt, daß wir bereit und verpflichtet sind, den vorherrschenden Welt-Deutschlands mitzuverteidigen, und da die Deutschen den vorherrschenden Welt-Deutschlands mitverteidigt haben, ist das ein ganz naturgemäßes Verhalten. Aber wir haben gar keinen Grund, mit dem Werte unserer Bürger mit zuverteidigen zu wollen, was die Eroberungsjucht, die imperialistischen Pläne einer kleinen Minderheit in Deutschland will (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und damit nicht nur uns den endlichen Frieden ins Ungewisse hinauszuwerfen, sondern unser Blut auch noch opfern zu wollen für ganz fremde Zwecke. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht ansgegangen, um Händer zu erheben oder zu befreien vom velschigen Joch, auch nicht, um die russischen Provinzen zu erobern, am allerwenigsten aber sind wir berufen, die Ordnungsgendarmen im Osten zu sein. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn in Russland Ordnung zu machen ist, so muß man es schon bei den russischen Revolution überlassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sich zu enthalten über die unglückliche die russische Revolution in die Welt gebracht, über die unglückliche Neujden, die da angeblich zugrunde gegangen sind, haben die am wenigsten Ursache und Recht, die diesen Krieg über uns gebracht und mit ihrem Jubel begrüßt haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daran, daß eingetreten ist, was den Frieden mit ganz Russland in nahe Aussicht zu stellen scheint, folgt, daß wir an die Regierung die Forderung stellen, es möge alles auf penitente vermeiden werden, was als eine Einmischung in die Angelegenheiten der Völker, die Russland bewohnen, ausfallen könnte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Begabung, Völkertreit zu schlichten, scheint rar zu sein, und es ist vielleicht auch von außen nicht möglich. Polen wollte man ja wirklich befriedigen und was ist daraus geworden? Die Rede des Abg. Daszynski! Was den deutschen Sozialdemokraten an der austro-polnischen Lösung bedenklich erschieben, war nicht das Polnische, sondern das Austro-Polnische. Ich gestehe offen, daß ich, so sehr ich den Schmerz der Polen darüber, daß ihnen ein Stück ihres Bodens, wie sie behaupten, weggenommen wird, ohne daß sie gefragt wurden, bereue, so sehr ich auch begreife,